

Carte Blanche Volksstimme BL vom 18. März 2016

**Wem Schwan und Wolf das grössere Risiko als alte AKWs sind
Von Maya Graf, Nationalrätin Grüne BL**

Am 4. März 2016 war die Nachricht auf allen Sendern: „Der Störfall im AKW Fessenheim war gravierend, das wahre Ausmass wurde seit 2014 vertuscht.“ Für den deutschen Atomaufsichtsexperten Mertins war es der bisher gefährlichste atomare Zwischenfall in Westeuropa. Wir Grünen arbeiten mit Hochdruck im Landrat und im Bundesparlament daran, dass die betroffenen Regierungen Frankreich die Abschaltung des Schrottreaktors abringen. Warum die SVP- und FDP-KollegInnen aus Baselland meine entsprechende Motion an den Bundesrat nicht unterzeichnen wollten, ist unverständlich. Die SVP gibt sich als „Sicherheitspartei“ und ignoriert die Bedrohung durch die ältesten Atomkraftwerke in unserer Nachbarschaft. Wäre es nicht so tragisch, müsste man lachen: In derselben Session boxten dieselben rechtsbürgerlichen Parteien im Nationalrat eine Motion zur Dezimierung des Höckerschwans durch, weil er in Nidwalden aggressiv war. Im Ständerat kämpften sie vehement für den Abschuss des Wolfes als Sicherheitsrisiko.

Ist der Schutz der Bevölkerung vor Wolf und Schwan wichtiger, als unsere Region vor radioaktiver Verseuchung zu schützen? Bürgerliche Parlamentarier fordern gern Regulierungseffizienz. Das hiesse aber konkret, sich in der Gesetzgebung auf die wirklichen Probleme zu konzentrieren: Das AKW Fessenheim weist eine dünne Betonhülle, defekte Schweissnähte, ungenügend gesicherte Abklingbecken, und eine Häufung von Störfällen sowie eine fragwürdige Sicherheitskultur auf. Beim Bau wurde die Erdbebengefährdungszone nicht berücksichtigt. Bei Fukushima waren 170'000 Menschen betroffen. Bei uns müsste mindestens eine Million Menschen sofort evakuiert werden, Rhein und Aare würden kontaminiert. Kurz: Wir können derzeit die Sicherheit der Bevölkerung im Oberrheingebiet nicht garantieren.

Zwei Tage vor dem Fessenheimskandal haben die Rechtsbürgerlichen die Energiestrategie weiter ausgehöhlt. Vor den Wahlen versprochene Laufzeitbeschränkungen und Sicherheitskonzepte wurden gekippt. Unsere Schweizer Uralt-AKW, für 40 Jahre ausgelegt, können nun ohne Abschalttermin weiterlaufen. Die behördliche Atomaufsicht ENSI hatte strengere Auflagen gefordert.

Die halbpatzige Energiewende wird teuer. Wie wir seit Neustem wissen, will die AKW-Lobby die AKW in eine staatliche Auffanggesellschaft auslagern und gleichzeitig Anteile unserer einheimischen Wasserkraft ins Ausland verkaufen. Erinnern wir uns: Im Jahr 2001 wurden zehn Prozent der Walliser Wasserkraft an die Deutschen und Franzosen ausverkauft, als die Lonza unter Christoph Blocher und Martin Ebner ihre Wasserkraftwerke für 450 Millionen Franken verschacherte. Nun fordert derselbe Blocher Subventionen, um neuen Ausverkauf zu verhindern. Interessiert am Kauf der Wasserkraftwerke, wie der AKW samt dem Müll ist die französische EDF, die als Betreiberin von Fessenheim erst gefuscht und dann vertuscht hat. Der Kreis schliesst sich.

So darf das nicht weiter gehen! Weder dürfen unsere Sicherheit noch unsere Steuergelder verspielt werden. Die rechtskonservative Mehrheit im Parlament hat einmal mehr die Interessen der Stromkonzerne zu hoch gewichtet. Die Stimmbevölkerung kann im Herbst diese Verantwortungslosigkeit mit einem Ja zur Grünen Atomausstiegsinitiative korrigieren. Ablenkungsmanöver, selbst wenn sie auf Schwanenflügeln daher kommen, sind gefährlich.